

Links informiert

3 Parteireform demokratisch/
Demokratie in der Schweiz

Babelsberg/Zentrum Ost

6–8 Atomalarm in Potsdam?/
Turbine, Babelsberg 03 etc.

Forum

10/11 Amtsschimmel/ LAG Umwelt/
Gedenkpolitik in Potsdam

Kleingärtner bleiben wachsam!

Frühschoppen zur Situation in Babelsberg-Nord/Versprechungen nicht eingehalten

Wir erinnern uns: Im Sommer 2009 bewegte die KleingärtnerInnen in Babelsberg Nord die Angst um den Fortbestand ihrer Schollen. Ein großer Politfrühschoppen hatte damals so etwas wie „Klarheiten“ gebracht. Und wir alle dachten, die Messen seien gesungen. Denn alle Parteienvertreter hatten versprochen, die betreffenden Babelsberger Kleingärten – es geht um die Sparten „Hoffnung“, „Freie Scholle“, „Babelsberg 1912“, „Am Sportplatz“, „Gliener Winkel“ und „Babelsberg-Nord“ – in Dauerkleingärten per Dekret umzuwandeln. Summa summarum ging und geht es um 304 Parzellen.

Ein Schelm, der Arges dabei denkt: Die vollmundigen Versprechungen kamen just im Vorfeld der Wahlen. Denn bis heute – also fast zwei Jahre nach den OB-Wahlen – ist noch immer nichts geschehen. Und die KleingärtnerInnen in Babelsberg müssen weiter um ihre grünen Oasen fürchten. Der Grund: Die Stadtverwaltung hat den Termin für die Erstellung des betreffenden B-Planes 122 weiter verschoben. Baubeigeordneter Matthias Klipp hatte diese Praxis auf eine diesbezügliche Anfrage der LINKEN-Frak-

tion im Frühjahr damit begründet, dass der B-Plan auf Grund der von den Stadtverordneten beschlossenen „Prioritätenliste“ nicht auf den vorderen Plätzen stehe. Und daher seien in diesem Jahr die Frage „nicht aktuell“.

Grund genug für die Gartenfreunde der „Hoffnung“, im Mai 2011 eine Wiederholung des damaligen Frühschoppens zu veranstalten. Landesverbandsvorsitzender der Gartenfreunde Bernd Engelhardt betonte dort noch einmal,

dass mit der Plattmache von Kleingärten endgültig Schluss sein müsse in Potsdam. Dementsprechend äußerten sich auch die Vertreter der LINKEN, Dr. Scharfenberg und Ralf Jäkel. Die Gartenfreunde bekräftigten, dass sie auch weiter sehr wachsam darauf achten werden, was die Stadt in ihrer Sache nun entscheidet. Dass Gefahr im Verzuge ist, wird durch die Tatsache bekräftigt, dass in einer Sitzung des Ausschusses Stadtplanung und Bauen Fachbereichsleiter Andreas

Götzmann erklärt haben soll, dass nicht das ganze Gebiet als Dauerkleingartenlage ausgewiesen werden könne. Im nördlichen Areal bestünde seit Jahren Baurecht, bei einer Umwandlung zu Gartenland kämen erhebliche Entschädigungsforderungen auf die Stadt zu.

Die Verwaltung behandelt weiterhin den Bebauungsplan nicht vorrangig (s.o.). Obwohl es doch einen klaren Beschluss der Stadtverordneten gibt, die Parzellen zu Dauerkleingärten zu machen. Aktuell helfen würde auf jeden Fall ein zeitnahe Beschluss zur „Veränderungssperre“ in Bezug auf den B-Plan 122, den die LINKE anstrebt. Damit wäre erst einmal eine Bremse für willkürliche Maßnahmen gesetzt.

Der Standpunkt der KleingärtnerInnen in Babelsberg-Nord und des VGS-Kreisverbandes ist und bleibt: Wir sind für den Erhalt aller bestehenden Kleingärten in Babelsberg-Nord. Und der VGS-Kreisverband sollte sich eventuell darauf einstellen, diese Haltung auch wieder einmal öffentlich darzustellen. Auf jeden Fall heißt es: WACHSAM bleiben.

Bernd Martin



Im November 2010 demonstrierten die Potsdamer KleingärtnerInnen für ihre Interessen. An ihrer Seite auch die LINKE-Fraktion.

Will die FDP Aufklärung oder Skandal?

„Das politische Ganoventum und die Selbstbedienungsmentalität der Marke Rainer Speer (SPD) und seiner Spießgesellen Hechel, Scharfenberg (Linke) oder Paffhausen müssen jetzt schonungslos aufgeklärt werden.“ Das fordert die Potsdamer FDP auf ihrer Website. (Quelle: <http://www.fdp-potsdam.de/inhalte/aktuelles/hilfe-fuer-den-sv-babelsberg-03-sehr-strengenaufgaben-knuepfen>)

Ich frage in die politische Runde, ob solche Aussagen förderlich sind für eine respektvolle und demokratische Debatte sind? Wohl kaum. Die Aussage macht lediglich die mangelnde Wertschätzung der FDP für die Demokratie und die politische Streitkultur deutlich. Es zeigt auch den mangelnden Respekt für den einzelnen Menschen und es zeigt, die FDP will nicht Aufklärung, sondern Skandal. Sie pauschalisiert, vorverurteilt und hetzt – jenseits der Grenzen des Rechtsstaates. Das zeugt von wenig politischer Verantwortung. Die FDP muss sich entscheiden: Will sie Aufklärung oder den politischen Skandal?

Statt dass sich alle Protagonisten an einen Tisch setzen, gemeinsam aufklären und eine Zukunftsstrategie entwickeln, wird drauflos gehackt. Parteipolitische Potsdamer Kleinkrieg. Hauptsache Schlagzeile, Hauptsache Skandal. Der Prozess darf so nicht weiter gehen.

Sascha Krämer
Vorsitzender DIE LINKE.Potsdam

Kuhhandel bei Kindergrundsicherung

„In der Diskussion über die Sicherung des Bedarfs von Kindern und Jugendlichen darf es nicht zugehen wie bei einem Kuhhandel“, erklärt Diana Golze (MdB) zum jüngsten Vorstoß der Vorsitzenden des Familienausschusses Sibylle Laurischk (FDP). Golze weiter: „Noch vor wenigen Monaten verweigerte die FDP jede ernsthafte Diskussion darüber, wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz IV-Sätzen für Kinder und Jugendliche sich grundgesetzkonform umsetzen lässt. Jetzt eröffnet sie ein munteres Feilschen um den Ausverkauf staatlicher Sozialleistungen und Infrastruktur zugunsten eines Kindergrundeinkommens auf Armutsniveau.“

Der Bedarf von Kindern muss eigenständig ermittelt und gesichert werden. Deshalb fordert DIE LINKE

eine existenzsichernde und am tatsächlichen Bedarf von Kindern orientierte Kindergrundsicherung mit einem auf 250 Euro erhöhten Kindergeld und einem einkommensabhängigen Kinderzuschlag, so dass jedem Kind mindestens 420 Euro als Grundsicherung zur Verfügung stehen. Darüber hinaus muss die für eine umfassende Teilhabe an Bildung, Kultur und gesellschaftlichem Leben notwendige Infrastruktur bereitgestellt werden. Zur Unterstützung der Eltern in den ersten Lebensjahren des Kindes muss das Elterngeld nicht gestrichen, sondern für Mütter und Väter auf jeweils 12, also insgesamt 24 Monate verlängert, das Mindestelterngeld auf 450 Euro angehoben und die Streichung für Eltern im Hartz IV-Bezug zurückgenommen werden.“

Auf ein Wort...



Mitglied werden bei „03“

Von Thomas Bastian,
Präsident von Babelsberg 03

Nach dem Rückzug der bisherigen Führung macht sich „Null-drei“ auf einen harten Weg: Um den Verein langfristig wirtschaftlich zu festigen, reicht es nicht, mal eben ein paar Sponsoren einzuwerben. Die bislang schon gute Jugendarbeit muss so strukturiert werden, dass auch Spieler aus der eigenen Jugend eine Chance haben, in den Profibereich aufzusteigen. Spielerverträge müssen auf mindestens zwei Jahre ausgelegt sein, um entweder eine stabile Mannschaft zu haben oder die entsprechenden Transfererlöse. Wichtigste Aufgabe ist aber, die Geschäftsstelle professionell aufzustellen – eine Grundvoraussetzung für erfolgreiches Arbeiten.

Bei all dem ist es meine Aufgabe, die Balance zu finden zwischen den Ansprüchen und Befindlichkeiten von Sponsoren und Investoren, den „normalen“ Zuschauern und den Ultras. Deshalb sind alle Interessierten aufgefordert, Mitglied zu werden. Denn für den Verein essentielle Entscheidungen trifft nun mal der Souverän – und das ist die Mitgliederversammlung. Ich freue mich schon jetzt auf anregende

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

Diskussionen, denn so manchem wird gerade erst klar, dass „Nulldreier“ einschneidende Veränderungen vor sich hat. Aber ich bin mir sicher, dass unsere neue Unternehmenskultur dazu beitragen wird, den Verein so positiv darzustellen, wie er es seiner besonderen Fans wegen schon lange verdient hätte.

Europacamp der LINKEN

Arbeitsrechtliche Mindeststandards in der europäischen Union

Vertreter linker und kommunistischer Parteien Osteuropas, aus der Tschechischen Republik, der Slowakei, Polen, Bulgarien und der Bundesrepublik, unter ihnen hochrangige Vertreter der Parteien, EU- und Landtagsabgeordnete befassten sich auf ihrer jährlichen Zusammenkunft, diesmal im tschechischen Trutnow, mit dem Thema „Braucht Europa ein einheitliches

Arbeitsrecht?“ In den einführenden Bemerkungen arbeitete Dr. Hultsch, Leiter des Gesprächskreises Arbeitsrecht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Notwendigkeit der Schaffung einheitlicher arbeitsrechtlicher Mindeststandards in der Europäischen Union heraus.

Diese Mindeststandards gewinnen gerade unter dem Gesichtspunkt der

Freizügigkeit zunehmend an Bedeutung.

In einer weiteren Podiumsdiskussion stellte die deutsche Delegation den Entwurf eines Gesetzes über die Mindestbedingungen im Arbeitsverhältnis vor, der durch die LINKE erarbeitet wurde.

In einer äußerst konstruktiven Diskussion begrüßten die 130 Teilnehmer

die erarbeiteten Entwürfe und das Gesamtprojekt Arbeitsgesetzbuch und forderten die jeweiligen Parteien und Fraktionen auf, diese Vorschläge aufzugreifen und umfassend zu unterstützen.

Ein soziales Arbeitsrecht, dies betonten alle Teilnehmer des Europacamps, ist unabdingbar für eine sichere Zukunft.



„Arbeit! Arbeit! Arbeit!“*

Zur Programmdiskussion oder Warum Kapitalismuskritik so unmodern geworden ist

Angesichts von immer noch geschätzten fünf Millionen Arbeitslosen könnte man vermuten, dass eine Gesellschaft, welche solche in so großer Zahl produziert, von den Betroffenen wie von den vielen, denen Arbeitslosigkeit jederzeit droht, vehement kritisiert wird. Heute wird zwar von allen Seiten das „Übel“ der Arbeitslosigkeit beklagt und von der Politik oder den regierenden Parteien „Entschlusskraft“ im Kampf gegen diesen Zustand gefordert. Aber außer einem fordernden Ruf nach „Arbeit“ zu jedem Preis und zu jeden Bedingungen ist nichts zu hören. Im Zweifel sind nicht die (kapitalistischen) Unternehmen und ihr Streben nach immer höheren Profiten schuld an der Lage, sondern je nach Bedarf unfähige oder gewissenlose Manager, ebenfalls unfähige Politiker oder, wer es etwas abstrakter haben will, die „Zwänge der Globalisierung“. Dass wesensimmanent zum kapitalistischen System ein wachsender Sockel an „industrieller Reservearmee“ gehört, dass die wachsende Produktivkraft - zu verdanken dem Schöpferturn der LohnarbeiterIn-

nen - einhergeht mit der Freisetzung von „lebendiger“ und ihrer Ersetzung durch „tote“ Arbeit (Maschinen etc.), all dieses Grundwissen über das Funktionieren der gesellschaftlichen Strukturen ist wieder zu gewinnen. Übrig bleibt sonst der moralische Appell nach „Arbeit“ an diejenigen, deren Beruf und Berufung die Förderung des Profitmechanismus ist, welches eben diesen „Arbeitsmangel“ trotz steigender Beschäftigung bewirkt.

Warum ist dies so? Eine monokausale Beantwortung lässt sich nicht so einfach finden. Eher Indizien und Vermutungen: Zu nennen wäre die sozialdemokratische Versöhnung der „kleinen Leute“ mit der Bundesrepublik des „Wirtschaftswunders“ und deren „Schaufensterfunktion“ gegenüber den „armen Brüdern und Schwestern“ in der „Ostzone“. Jede Reallohnerrhöhung in den „goldenen“ Jahren des „rheinischen“ Kapitalismus war für so manchen Gewerkschafter ein Beleg für die These, mit den Kapitaleignern in „einem Boot zu sitzen“ und ein Grund, die „Kuh, die man melken möchte“, die Unternehmen, nicht zu sehr zu bekämpfen.

Als sich die Rahmenbedingungen änderten, die Aufbau- und Wachstumsphase 1973 zu Ende ging, ein Sockel an Arbeitslosen entstand und dann gar die DDR aufhörte, mit am Verhandlungstisch bei Tarifkämpfen als unsichtbarer stimulierender Faktor zu sitzen, war so langsam Schluss mit lustig und der „Standort“ Deutschland im sich verschärfenden Wettbewerb der nationalen Volkswirtschaften forderte seinen Tribut an Lohnzurückhaltung und steigender Arbeitslosigkeit, um die „Wettbewerbsfähigkeit“ „unserer“ Wirtschaft zu sichern. Jetzt hat nicht mehr die Wirtschaft dem Menschen zu dienen, sondern die Menschen haben sich selbst fit zu machen für die Erfordernisse des Wirtschaftslebens. Wenn sie dies nicht alleine schaffen und arbeitslos der Gesellschaft zur Last fallen, sorgt nun „Hartz IV“ für die nötige Motivation.

Je lauter der Ruf nach „Arbeit“ ertönt, desto energischer wird er beantwortet mit der Forderung der Kapitaleseite nach Senkung der „Arbeitskosten“. Erst wenn es wieder „modern“ wird, das Bestehende grundsätzlich zu kritisieren und

an eine konkrete Utopie zu glauben, erst dann werden die Interessen der Arbeitenden und Arbeitslosen wieder ernst genommen werden. Sieht sich der Kapitalismus nicht in Gefahr, abgeschafft oder in seinem Wirken gehörig eingeschränkt zu werden, hat er auch keine Veranlassung, schmerzhaft Zugeständnisse, sprich Beschneidung des Profits, zu zulassen. Ohne Kapitalismuskritik, ob modern oder altmodisch, wird es, dies sei bedacht, keine noch so kleinen Veränderungen zu Gunsten der „Unteren“ geben.

Karl Wild

* Der so modern anmutende Slogan „Arbeit! Arbeit! Arbeit!“, von der Schröderschen SPD im Wahlkampf 1998 verwendet, findet sich bereits im New Yorker „Volks-Tribunen“ Nr. 8 aus dem Jahre 1846(!). Dies wird von Marx und Engels einer beißenden Kritik unterzogen und als eine „Praxis ... der Selbsterniedrigung und Wegwerfung“ (MEW 4, S.16) in der Arbeiterbewegung bezeichnet. Soweit zur Forderung nach „Arbeit“ heute!

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE Potsdam: Sascha Krämer, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam
Bernd Martin (V.i.S.d.P.); Rainer Dyk, Redakteur; H. Jo. Eggstein, Layout; Jens Hörnig, Reisen, Service; Gerlinde Krahnert, freie Mitarbeit; Renate Frenz, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILD-AUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Parteireform demokratisch gestalten

Erfolgreiche Aktivenkonferenz des Landesverbandes der LINKEN in Erkner

Interessierte Mitglieder des Landesverbandes DIE LINKE waren am 4./5. Juni zur Aktivenkonferenz ins Bildungszentrum Erkner geladen – und über neunzig kamen, um ihre Erfahrungen und Ideen für die Arbeit vor Ort auszutauschen. Auch neun Potsdamer waren dabei. In den Projektgruppen ging es darum, wie sich der brandenburgische Landesverband für die kommenden Aufgaben und Herausforderungen „fit macht“, sich zukunftstauglich modernisiert. Keine leichte Aufgabe in Zeiten, in denen das Engagement in Bürgerinitiativen attraktiver scheint als die Bindung an Parteien.

Und mancher der Teilnehmer war zunächst auch enttäuscht vom et-

was dürftigen Einstieg am Anreisetag, für den man sich aus allen Landesteilen immerhin schon am Sonnabendnachmittag auf den Weg gemacht hatte. Doch entschädigt wurden sie durch lebhaft Debatten in geselligen Runden bei sommerlichem Wetter bis tief in die Nacht hinein. Wieder zeigte sich, dass persönliche Gespräche am Rande oftmals ebenso Interessantes zutage fördern und zum Zusammenhalt beitragen wie das eigentliche Programm.

Am Sonntag dann diskutierten die Teilnehmer gestaffelt in drei Runden à zwei Stunden in insgesamt 18 Workshops - trotz hochsommerlicher Hitze sechs Stunden lang.

Wie gelingt es, neue Mitglieder zu gewinnen? Brauchen wir auch künftig unsere Kleinen Zeitungen? Wie sollen daneben Internet und Intranet aussehen? Mit welchen kulturellen Angeboten können wir Menschen für Politik interessieren? So lauteten einzelne der Themen, zu denen es Gesprächsbedarf gab und die zum Teil auch sehr lebhaft und durchaus kontrovers diskutiert wurden. „Die Konferenz wurde getragen von engagierten Mitgliedern dieser Partei und war geprägt von dem gemeinsamen Willen zur Veränderung. Das stimmt mich optimistisch für die Zukunft“, erklärte der Landesvorsitzende Thomas Nord zufrieden.

An den Themen arbeiten die 18

Projektgruppen weiter, denen sich Interessierte noch anschließen können. „Es gilt jetzt, die Ergebnisse zu sichten, zu sammeln und in eine Struktur zu bringen. Die Aktivenkonferenz hat gezeigt: Die Parteireform ist auf einem guten Weg“, erklärte Andrea Johlige als Mitglied der Kommission Parteireform beim Landesvorstand der LINKEN.

Selbstverständlich arbeitet auch der Kreisverband Potsdam hier aktiv mit – zum Beispiel in den Bereichen politische Bildung, interne Kommunikation, „linksaktiv“, Mitgliederwerbung, Nachwuchsförderung, Kleine Zeitungen und Internet. An Ergebnissen bleiben wir dran.

-ed



Fortsetzung unserer Umfrage.

Braucht die Stadt Potsdam ein dreitägiges Stadtwerkefest? – das fragten wir im Juni.

Hier die Ergebnisse:

25,9 % stimmten mit JA.

37 % jedoch mit NEIN.

„Ich bin für eine kleinere Version“, meinten **29,6 %**.

Mit „weiß nicht“ antworteten schließlich **7,4 %**.

Unsere Frage an Sie für den Monat Juni lautet:

Wie zufrieden sind Sie mit dem Agieren des Oberbürgermeisters in der sogenannten Stadtwerkeaffäre?

An unserer Umfrage können Sie teilnehmen: Im Internet unter www.die-linke.potsdam.de oder per Fax an: 0331 2000911.

Plebiszitäre Demokratie in der Schweiz

Der Innenausschuss des Landtages war Ende Mai zu einem fünftägigen Aufenthalt in der Schweiz. Es war die erste Auslandsreise dieses Ausschusses seit 1990. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen der unmittelbaren Demokratie. Hintergrund dafür ist, dass sich die rot-rote Koalition vorgenommen hat, Erleichterungen in der Anwendbarkeit der plebiszitären Elemente in Brandenburg zu schaffen und das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre abzusenken. Diese Diskussion ist ganz konkret geworden, da ein Gesetzentwurf der FDP zur Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre und ein Gesetzentwurf der Grünen zur Novellierung des Volksabstimmungsgesetzes in der parlamentarischen Behandlung sind. Die Schweiz ist sozusagen das Musterland in der Anwendung der unmittelbaren Demokratie. Sowohl auf Bundesebene als auch in den Kantonen und in den Gemeinden können die Bürger mit Initiativen Themen zur Entscheidung stellen, die sie bewegen. Zugleich besteht die Verpflichtung bzw. die Möglichkeit, Entscheidungen des Nationalrates oder der Kantonsräte durch Referenden der Entscheidung durch das Volk zuzuführen.

In Gesprächen mit dem Präsidenten und Mitgliedern des Kantonsrates des Kantons Zürich konnten wir gleich am ersten Tag Eindrücke sammeln, wie Demokratie in der Schweiz praktisch funktioniert. Immer wieder war dabei die Rede von der Konkordanzdemokratie, die faktisch in einem Aufeinanderzugehen und einer Kompromissbildung auf hohem Niveau besteht. Das zog sich wie ein roter Faden durch alle Gespräche, die wir geführt haben. So waren wir am zweiten Tag in der Bundeshauptstadt Bern. Dort besichtigten wir das traditionsreiche Parlamentsgebäude, in dem die Bundesversammlung bestehend aus dem Nationalrat und der zweiten Kammer, der Ständeversammlung, tagen. In Gesprächen mit führenden Vertretern des Nationalrates wurde deutlich, dass die Parlamentarier und die Regierungsmitglieder mit den Bedingungen der starken plebiszitären Demokratie leben und ihr Handeln darauf einstellen. Entscheidungsprozesse dauern dadurch etwas länger, aber sie sind zum Schluss basisdemokratisch abgesichert.

In Bern besuchten wir auch die deutsche Botschaft und hatten Gelegenheit zu einem interessanten

Gespräch mit dem Botschafter. In einer intensiven Diskussion mit Herrn Longchamp, einem bekannten Meinungsforscher, erhielten wir vielfältige Anregungen zum Umgang mit den Schweizer Erfahrungen.

Beeindruckend war ein Besuch in der Gemeinde Stein am Rhein, deren Geschichte bis in die Zeit der Besetzung durch das Römische Reich zurück reicht. Der engagierte Bürgermeister zeigte überzeugend auf, wie kommunale Selbstverwaltung in der Schweiz funktioniert und wie sich die Gemeinde im Bemühen um eine bürgernahe Verwaltung erfolgreich gegen die Zentralisierungsbestrebungen der Kantonsregierung und der Bundesregierung durchgesetzt hat.

Zum Besuchsprogramm gehörten auch mehrere Gespräche mit Vertretern von Initiativen, so z. B. der Initiative für freie Uferwege am Züricher See. Dabei stellte ich die Parallelen zur Entwicklung in Potsdam her.

Auch die Stadtpräsidentin, also die Bürgermeisterin von Zürich, empfing uns zum Gespräch und zeigte Probleme dieser großen Stadt auf, so u. a. das Problem einer zunehmenden Wohnungsnot, die durch den

regenen Zuzug von gut ausgebildeten Ausländern entsteht. Am letzten Tag sprachen wir noch mit der Regierungschefin des Kantons Zürich. Wie auf Bundesebene ist die Kantonsregierung so zusammengesetzt, dass alle größeren Parteien darin vertreten sind. Alles ist auf Verhandlung und Kompromissbildung angelegt. Mehrmals im Jahr werden die Bürger zu Abstimmungen im Rahmen von Referenden und Initiativen gerufen.

Für mich ist das Fazit dieser Reise, dass sich das Schweizer Modell einer starken plebiszitären Demokratie nicht einfach auf Brandenburger Verhältnisse übertragen lässt, dass man aber sehr wohl von der Schweiz lernen kann. Das hierzulande immer wieder anzutreffende Misstrauen gegenüber dem Volk wird in der Schweiz ad absurdum geführt. Ich halte es für richtig, dass wir die im brandenburgischen Volksabstimmungsgesetz geregelten plebiszitären Elemente stärken und insbesondere die Straßensammlung bei Volksbegehren zulassen sowie den Finanzvorbehalt bei der Volksgesetzgebung einschränken.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, MdL
Innenpolitischer Sprecher

Kauf auf Befehl

Juli 1736

Wie staatliche Macht einzusetzen sei, um aus sozusagen staatlichen Unternehmen größten Profit zu ziehen, bewies schon Friedrich Wilhelm I., der Soldatenkönig. Im

Sommer 1736 stagnierte der Verkauf von Obst aus den königlichen Gärten. Flugs ordnete der Monarch am 28. Juli an, dass alle vornehmen Militär- und Zivilbedienten täglich

Obst aus den königlichen Gärten zu kaufen haben.

Die Vornehmen – die unteren Schichten hätten das Geld dafür eh nicht aufbringen können –

sie kamen gerade so über die Runden.

Das erfolglos erlassene Gesetz

Juli 1891

Am 30. September 1890 war es gefallen, das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Seit dem 22. Oktober 1878 in Kraft, hatte es genau das Gegenteil des Beabsichtigten erreicht: Die deutsche Sozialdemokratie war nicht zerschlagen, sondern gestärkt aus dieser Zeit hervorgegangen.

In Potsdam, zu jener Zeit nicht gerade eine Hochburg der Arbei-



terschaft, gründete sich am 15. Juli 1891 ein neuer „Sozialdemokratischer Wahlverein“. Ihm konnten nicht nur Mitglieder der Partei, sondern auch sozialdemokratisch Gesinnte ohne Parteibuch angehören. Dem neuen politischen Verein gehörten kurz nach Gründung bereits 72 Arbeiter an. Vorsitzender wurde Herr Benecker, die Kassierung übernahmen die Gebrüder Harburg.

Frohe Ferientage für alle Kinder

Juli 1951

Die durch die volkseigenen Betriebe der DDR erwirtschafteten Gewinne flossen zum großen Teil in den Staatshaushalt. Doch blieben den Betrieben umfangreiche Mittel für den so genannten Kund-S-Fonds, den Kultur- und Sozialfonds. Eine Position dieses Fonds im VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg war das Zentrale Pionierferienlager am Wolzensee (bei Rathenow).



Es wurde am 09. Juli 1951 – mit Beginn der großen Ferien – seiner Bestimmung übergeben. Als der Betrieb seine Verantwortung für dieses ZPL niederlegte, stahl er sich keineswegs aus der Verantwortung, denn am 10. April 1953 wurde der Grundstein für das Zentrale Pionierferienlager in Petzow gelegt. Die Babelsberger übernahmen die Trägerschaft.

Im August blüh'n die Rosen

Juli 1951

Dass die III. Weltfestspiele vom 05. - 19. August 1951 in der DDR stattfinden würden, war ein bedeutender internationaler Erfolg nicht nur für die gerade erst einmal fünf Jahre alte FDJ, sondern vielmehr für die erst 1949 gegründete DDR. Der vom Deutschen Reich entfesselte Zweite Weltkrieg war noch in lebendigster Erinnerung der Völker - die vielfachen Bemühungen des neuen deutschen Staates aber um die Erhaltung und Sicherung des Friedens waren nicht zu übersehen und wurden anerkannt. Das junge Land, noch voller Kriegswunden, wollte sich von seiner besten Seite zeigen.

Da machte auch Potsdam keine Ausnahme. Am 06. Juli 1951 veröffentlichte die „Märkische Volksstimme“ den Aufruf der Nationalen Front Groß-Potsdam, des Ortsvorstandes Groß-Potsdam des FDGB und der Kreisleitung Potsdam der FDJ zu den III. Weltfestspielen. Vor allem, so hieß es in dem Aufruf, kam es darauf an, „...alle Jugendlichen unserer Landeshauptstadt zur Teilnahme an den Weltfestspielen zu mobilisieren und die Gesamtbevölkerung zur politischen und wirtschaftlichen Unterstützung der Jugend zu bewegen.“

Wie breit die Initiativen sich bereits zu diesem Zeitpunkt in Pots-

dam entwickelt hatten, zeigen folgende Beispiele:

Schon vor Erscheinen des Aufrufs, am 04. Juli, hatten an einer Boxerveranstaltung im VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg 1.000 Zuschauer teilgenommen. Der Reinerlös wurde für die III. Weltfestspiele zur Verfügung gestellt.

Die Werktätigen des gleichen Betriebes spendeten 2.381,32 DM. Die Mitglieder der Ortsorganisation Groß-Potsdam der Gewerkschaft Land und Forst spendeten 1.566,- DM. 18 Lehrlinge des RAW Potsdam reparierten zwei Eisenbahnwagen zusätzlich. Die Fabrik für Präzisi-

onsschlösser Babelsberg stellte ein Schulmikroskop zur Verfügung.

Und es waren nur noch vier Wochen Zeit...

Taschengeld von Hans Marchwiza

Die Übergabe der Teilnehmerkarten für die III. Weltfestspiele gestaltete sich in Betrieben, Schulen und Einrichtungen Potsdams zu würdigen Veranstaltungen. Am 19. Juli ließ es sich der in Potsdam lebende Schriftsteller Hans Marchwiza nicht nehmen, an 15 Kinder und Jugendliche die Teilnehmerkarten zu übergeben. Aus seinem eigenen Portemonnaie überreichte er jedem 10,- DM.

„So macht Stadtplanung Spaß“

Bürgerinitiative „Pro Nahversorgung Zum Teufelssee 8“ initiierte erfolgreiche Einwohnerversammlung

Alles war zum „Verzehr“ aufbereitet: Dem Investor das Sahnehäuschen, dem Handelsunternehmen ein stiller Abschied vom Standort, der Verwaltung ein wortreich begründetes Schulterzucken und den Einwohnern die Kröte. Letztere waren jedoch nicht bereit, diese zu schlucken. Sie gründeten eine Bürgerinitiative, tauschten sich im jüngst gegründeten Netzwerk „Potsdamer Bürgerkooperation“ aus, nahmen die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg ernst und beantragten eine Einwohnerversammlung zur Erörterung der Sicherung des Nahversorgungsstandortes an der Straße Zum Teufelssee.

Und dann: Am 16. Juni um 18 Uhr ein (fast über-)vollbesetztes „Haus der Begegnung“. Die 90 Stühle waren alle besetzt, darunter auch von mobilitätseingeschränkten Einwohnern. Zahlreiche Gäste fanden nur noch einen Stehplatz.

Bürgerinitiative, Stadtverwaltung, Investor und die Einwohner waren vorbereitet und legten sogleich los. Die Argumente wurden ausgetauscht. Die wortreiche „Schlacht“ nahm jedoch einen unerwarteten Verlauf. Es deutete sich an, dass alle bereit waren, aufeinander zuzugehen. Unter starkem Nachdruck der Einwohner eröffnete sich der von der Bürgerinitiative gewünschte Dialog.

Für den Investor, die Unternehmensgruppe Semmelhaack, äußerte Berko Dibowski sein Erstaunen darüber, dass der Erhalt des Marktes so dringend gewünscht werde. Bei der gespannten Atmosphäre und der Aufmerksamkeit der Einwohner setzte er jedoch gleich nach und verkündete die kurzfristige unternehmensseitige Prüfung einer Modernisierung und eines wirtschaftlichen Weiterbetriebs des Nahversorgungsstandortes. Die von der Bürgerinitiative vor-



geschlagene Erweiterung einer zu sichernden Nahversorgung mit Poststelle an der Straße Zum Teufelssee um Bäcker, Café, Friseur, Physiotherapie und Ähnliches wurde zustimmend sowohl von den Bürgerinnen und Bürgern als auch von Berko Dibowski für die Unternehmensgruppe Semmelhaack sowie vom die Einwohnerversammlung moderierenden Andreas Goetzmann, Fachbereichsleiter Stadtplanung und Bauordnung, aufgegriffen. Und dann kamen gleich noch die aktuellen Mietprobleme der bisherigen Betreiberin des Nachversorgungsmarktes, Frau Opitz, zur Sprache, wozu sie sich der Unterstützung der EDEKA-Expansionsabteilung bediente, in persona Herrn Engels. Berko Dibowski ging unter Vorbehalt einer Wirtschaftlichkeit mit

seiner angekündigten kurzfristigen Prüfung auf die Erwartungen der Einwohner ein. Herr Goetzmann versprach eine baldige Zusammenkunft von Verwaltung, Bürgerinitiative und Investor. Und als fast alle schon gegangen waren, standen Investor und Handelsunternehmen Lösungen diskutierend noch zusammen.

Der die Bürgerinitiative fachlich und organisatorisch unterstützende Ortsverband DIE LINKE Potsdam-Süd freut sich über das erreichte Zwischenergebnis und stellt fest: Die bürgerschaftliche Wahrnehmung verfassungsgemäßer Rechte erfordert viel Engagement. Ist jedoch erst ein Dialog eingeleitet, sind auch Ergebnisse erreichbar. So macht Stadtplanung Spaß – und Fortsetzung folgt! *Steffen Pfrogner*



In Memoriam Walter Flegel

Ein Freund ist gegangen und bleibt uns doch

Vor wenigen Tagen noch haben wir uns lachend gegenseitig beglückwünscht. Er hatte das erste Kapitel seines neuen Buches fertig, mein Band mit Nachdichtungen norwegischer Gedichte hatte ihm gefallen. Es war Brauch unter uns, dass wir uns die neuen Bücher schenkten, es war Brauch, dass wir uns die Meinung sagten. Ohne Schonung, ohne verklärende Lobhudelei. Eine fast vergessene, gute Tradition in Zeiten, wo scheinbar Unwissen als Wahrheit, Häme und Hass als positive Charaktereigenschaften gelten. Es ist schon ein halbes Menschenleben her, dass wir uns kennen lernten. Er, schon der gestandene Autor wichtiger Bücher, ich, als Anfänger mehr dem heiteren Genre verpflichtet.

Es gab keine autoritäre Hochnäsigkeit seinerseits, eher einen freundlichen Austausch über den Umgang mit Sprache, der ihm so sehr am Herzen lag. Aus der Kollegialität wuchs bald ein Vertrauensverhältnis, entstand eine Freundschaft, die sich auch an den Klippen der Zeitläufe nicht aufrieb. Einer wusste vom anderen, dass er sich auf ihn verlassen konnte, dass er Hilfe bekam, wann immer sie notwendig war.

Auch wenn er es nicht hören mochte, er war uns Vorbild. Diskussionen mit ihm blieben stets freundlich, vor allem immer sachlich. Aber durchaus schonungslos hartnäckig, wenn es um Qualität des Schreibens, um das von ihm initiierte Literaturkollegium ging.

Ein Partner seiner Leser und Kollegen, kein Besserwisser. Es waren besonders die Jüngeren, die an seinen Lippen hingen, wenn er aus seiner „Jule“ las oder zu Jugendfeiern sprach, es waren Lyrikfreunde, die sein Meisterwerk, den Sonettenkranz „Mein Orplid“, bewunderten. Es waren alte und neue Leser, die er mitnahm, zuletzt auf den „Malvenweg“. Neben den vielen Büchern seines Œuvres stehen die Almanache des von ihm mit Leidenschaft und Engagement betreuten Schreibzirkels für Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen und die aus dem Russischen nachgedichteten Poeme seiner Freunde in Potsdam. Er hat sich in Zirkeln und in vielen Schreibwerkstätten gesorgt und gekümmert um die nachrückenden Dichter, die sich auf sein Urteil verlassen konnten und stolz waren über sein Lob, sei es auch nur für eine gelungene Zeile. Er bekam Auszeichnungen wie den Nationalpreis, er engagierte sich in der Kommunalpolitik seiner Stadt Potsdam. Er war trotz aller Verpflichtungen



auch immer ein heiterer Familiemensch. Und er liebte die See. Am Dienstag, dem 14. Juni 2011, ist Walter Flegel gegangen. Für immer und ewig. Seine Freunde und Leser werden sich trösten müssen mit dem, was er uns hinterlässt. Mit seinen Büchern und Geschichten, mit den literarischen Figuren, die so lebensnah sind, wie er es war.

Ein Freund ist gegangen und bleibt uns doch.

Lutz-Rüdiger Schöning

Weißer Flotte kann endlich bauen

Endlich gibt es grünes Licht für einen festen Bau anstelle des Palmenzeltes der Weißen Flotte. Es hat lange gedauert, etwa sechs Jahre, bis festgestellt worden ist, dass genau an der Stelle des jetzigen Palmenzeltes gebaut werden kann. Die insbesondere von den Grünen geführte Diskussion um eine auffällige Platzierung des Gebäudes möglichst am Bahndamm hat sich als zeitaufwändiger Umweg erwiesen. Mit einer Vielzahl von Anfragen, Anträgen und anderen Aktivitäten hat DIE LINKE das Anliegen der Weißen Flotte unterstützt und vorangetrieben. Wir sehen darin einen konkreten Beitrag zur Wirtschaftsförderung in Potsdam. Zugleich wird damit die Attraktivität des Hafengeländes erhöht. Nach unserer Einschätzung steht dieses Vorhaben eben nicht im Widerspruch zur Entwicklung der historischen Mitte Potsdams, sondern ist eine sinnvolle Ergänzung zum Bau des neuen Landtages. *-hjs*

Neue Kaufhalle für Zentrum Ost

Es geht los in Zentrum Ost. Der Ersatzbau für die REWE-Kaufhalle steht schon. Nach dem Umzug aus der alten Kaufhalle kann der Abriss beginnen. Wenn alles planmäßig verläuft, hat Zentrum Ost Ende dieses Jahres eine moderne, schicke Kaufhalle. Es hätte aber ganz anders kommen können, wenn die Bürger nicht um den Erhalt ihrer Nahversorgungseinrichtung gekämpft hätten, so z.B. mit einer großen Unterschriftensammlung. DIE LINKE hat dafür volle Unterstützung gegeben und den Oberbürgermeister unter Druck gesetzt. Trotzdem gab es noch manche Klippe, so z.B. den Umgang mit den Bäumen, die auf einmal unüberwindliches Hindernis für die Errichtung des Zeltens waren. Unserem Vorschlag folgend sind die Bäume umgesetzt worden. Letztlich können sich vor allem die älteren Bewohner von Zentrum Ost freuen. Die Firma REWE steht zu ihrem Wort. Auch die Stadtverwaltung hat letztlich funktioniert, wenn auch manches bürokratische Agieren vermeidbar gewesen wäre. *-hjs*

Abschalten – lieber gestern als heute

Geht man konsequent, umweltbewusst und durchdacht an das Thema heran, muss man die AKW lieber gestern als heute abschalten. Wenn ich kein Endlager habe, sollte ich doch wenigstens wegen der Jahrtausend währenden Strahlung der Brennstäbe zusehen, dass kein neuer Müll anfällt. Deswegen spricht sich DIE LINKE dafür aus, die Atomkraftwerke bis 2014 komplett vom Netz zu nehmen. Wie man es dreht und wendet, als Privatperson zahlt man jährlich mehr und mehr für Stromkosten. Die Gewinne der Energieriesen steigen, aber Großbezieher von Strom zahlen prozentual nur noch einen Bruchteil dessen, was Otto Normalverbraucher pro Kilowattstunde zu entrichten hat. Ist das die Definition von Anreiz zum Energiesparen? Die vier Energieriesen müssen entmachtet und die Stromnetze in die öffentliche Hand zurück überführt werden, damit die Bevölkerung eine Jahresstromabrechnung mit Maß erhält und keine maßlose, die sich an der Dividendenrendite der Aktionäre misst. Hartz-IV-Beziehende zahlen monatlich mittlerweile im Schnitt 44 Euro für Strom, wohingegen in der Hartz-IV-Berechnung nur 30 Euro zurückerstattet werden. Das ist zutiefst menschenverachtend und muss geändert werden.

Aus einer Kolumne von Ulrich Maurer, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Atomalarm in Potsdam?

Gedanken zum Forschungsreaktor in Berlin-Wannsee nach Babelsberger Bürgerversammlung

Dass nach heutigen Gesichtspunkten der Forschungsreaktor in Wannsee nicht mehr zu genehmigen wäre und dessen Existenz nur dem Sonderstatus von West-Berlin zuzuschreiben ist, ist eine Schlussfolgerung von Felicitas Kubala, Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für Umwelt- und Sportpolitik auf einer Bürgerversammlung im Rathaus Zehlendorf.

Wahrscheinlich wissen vorrangig nur die direkt im Evakuierungsgebiet lebenden Potsdamer von den Gefahren, die vom Forschungsreaktor BER II ausgehen könnten. Der Betreiber schätzt selbst ein: „Nur durch extreme Einwirkung von außen könnte es zu so massiven Schäden am Reaktor kommen, sodass der Kern schmilzt und aus der zerstörten Halle eine Wolke radioaktiver Stoffe freigesetzt würde.“¹ und definiert deshalb 4 km und 8 km breite Zonen. „Eine Reaktorkatastrophe hätte bei ungünstiger Wetterlage zur Folge, dass eine 20 Kilometer breite Zone evakuiert werden muss. Das ist das Ergebnis einer im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz durchgeführten Studie des Öko-Instituts Darmstadt von Mai 1990.“²

Der Berliner Forschungsreaktor ist vollkommen ungeschützt gegen einen Flugzeugabsturz. Die Traglast des Daches ist nur für Schneelast konzipiert. Der Reaktor selbst ist offen und befindet sich in einer Art Badewanne aus 2 m dickem Beton. Im Falle eines Flugzeugabsturzes und der Zerstörung des Daches sowie der Überhitzung des Reaktors ist eine Freisetzung von Radioaktivität in die Umwelt unvermeidbar. Es kommt als Risiko verschärfend hinzu, dass die Wissenschaftler gekühlten flüssigen Wasserstoff für ihre Experimente verwenden. In Fukushima hat sich ein Knallgas-Gemisch aus Wasserstoff und Sauerstoff relativ langsam gebildet und zu den Explosionen der Reaktor-Außenhaut geführt. „Wenn in Wannsee die Wasserstoff-Rohre bersten, kann der Reaktor in kürzester Zeit



trocken liegen.“ führte Herr Thomas Bigalke aus.

Für Chris Humbs, Mitarbeiter beim ARD-Magazin Kontraste, ist die vom Forschungsreaktor ausgehende Gefahr größer als bei Atomreaktoren, obwohl die Leistung weitaus geringer ist: „Vergleichen Sie doch mal Ihr Risiko in einem Fiat Panda mit einer S-Klasse bei 140 km/h auf der Autobahn.“

Viele Themen wurden in der Bürgerversammlung nur angerissen. Das sind jedoch Aspekte, die bei einer ganzheitlichen Wertung nicht unbeachtet bleiben sollten. So ist der Betreiber des Forschungsreaktors, das Helmholtz-Zentrum Berlin, eine GmbH, die auch gleichzeitig der Betreiber der abgesoffenen Strahlmüll-Schachanlage „Asse“ ist. Herr Dietrich Antelmann fragte: „Wem kommen die Forschungsergebnisse des Helmholtz-Zentrums Berlin

zu Gute? Die Forschungsergebnisse des Helmholtz-Zentrums Berlin werden nur ungenügend der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Steht die Rüstungsindustrie dahinter?“

Die LINKEN in Brandenburg und Berlin müssen sich dazu positionieren. Die häufigen Überflüge von Verkehrsflugzeugen sind dabei nur die eine Seite. Wir müssen für eine allseitige Bewertung eintreten. Zum einen muss der Forschungsreaktor einer kern- und sicherheitstechnischen Überprüfung unterzogen werden. Zum an-

deren benötigen wir aber durch den Wissenschaftsrat³ eine Evaluation der Forschungsinhalte. Unter Beachtung der international verfügbaren Forschungskapazitäten an alternativen Neutronenquellen sind dann für den Forschungsstandort kurz-, mittel- und langfristige Entscheidungen abzuleiten.

Dr. S. Worsack

¹ Helmholtz-Zentrum Berlin: Information der Bevölkerung nach § 53 der Strahlenschutzverordnung Seite 11

² Dietrich Antelmann: „Ein Atomreaktor bedroht Berlin“ in „Der Rabe Ralf“ April / Mai 2011 www.grueneliga-berlin.de/wp-content/plugins/downloads-manager/upload/2011_04_raberalf.pdf

³ www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/evaluation/



Sicherheit am Forschungsreaktor muss gewährleistet werden

Zu den jüngsten Berichten über angebliche Sicherheitsmängel am Forschungsreaktor in Wannsee erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete und Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Anita Tack (DIE LINKE): „Angesichts der u.a. in der Kontraste-Sendung in die Öffentlich-

keit gebrachten angeblichen Sicherheitsmängel am Forschungsreaktor Wannsee will ich darauf hinweisen, dass sowohl meine Berliner Amtskollegin, Senatorin Katrin Lompscher, als zuständige Aufsichtsbehörde wie auch die Kommission für Reaktorsicherheit alles dafür tun, dass für die Bevölkerung Sicherheit besteht.

Seit vergangem Herbst ist der Reaktor für planmäßige Wartungsarbeiten abgeschaltet. In diesem Rahmen werden auch die nötigen Reparaturarbeiten, u.a. die Beseitigung des Risses, der aber zu keiner Zeit nach Angaben der Aufsichtsbehörde sicherheitsrelevant war, durchgeführt. Auch der entsprechende

Materialeinsatz entsprechend der technischen Vorschriften wird dabei geprüft. Und es steht fest, dass der Reaktor vor einer Wiederinbetriebnahme dem „Stresstest“ unterzogen wird. Wann der Reaktor wieder in Betrieb geht, ist daher noch völlig offen.“

Tage des „Wahnsinns“ beim SV Babelsberg 03

„Zehn Tage des Wahnsinns in Babelsberg“ – so könnte man wahrscheinlich einen Krimi nennen, der die Ereignisse rund um den SV Babelsberg 03 in den letzten Wochen beschreibt. Und in der Tat war alles vorhanden, was eine gute Geschichte ausmacht: Dramatik, große Emotionen und viel Leidenschaft, aber auf der anderen Seite auch dubiose Machenschaften, politische Verwicklungen und uneinsichtige „Bösewichte“. Nicht zu vergessen natürlich das glückliche Happy End.

Ein „Schlag aus heiterem Himmel“

Seinen Anfang nahm das Drama am 23. Mai, als der Vorstand in einer knappen Mitteilung auf der Vereinshomepage verkündete, dass der Verein in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten stecke und der Verbleib in der 3. Liga gefährdet sei – ja sogar die Insolvenz und damit die Auflösung des Vereins drohe. Für viele Fans kam diese Nachricht wie ein Schlag aus heiterem Himmel, freute man sich doch immer noch über den spektakulären Klassenerhalt der Mannschaft um Trainer Dietmar Demuth in der eben beendeten Saison. Dass „NullDrei“ schon immer wenig Geld zur Verfügung hatte, war für die Fans nichts Neues. Man war geradezu stolz darauf, mit dem kleinsten Etat der 3. Liga gegen Mannschaften bestanden zu haben, die ohne Probleme mit dem Vier- bis Fünffachen des Etats von „NullDrei“ operierten. Was an Geld für Topstars fehlte, wurde durch Zusammenhalt, Mannschaftsgeist und Kampfeswillen ausgeglichen. Was viele Fans nur ahnten: Seit Jahren war „NullDrei“ von verdeckten Bürgschaften der Potsdamer Stadtwerke abhängig, die der damalige Geschäftsführer

Peter Paffhausen offenbar im Alleingang gewährte. Nachdem Paffhausen über eine dubiose „Spitzelaffäre“ gestolpert war, stand der Verein nun eine Woche vor Fristende mit einer Deckungslücke von ca. 1,4 Mio. Euro da. Es war einer der dunkelsten Momente in der Vereinsgeschichte. Bei vielen Fans herrschten Fassungslosigkeit und Wut, angesichts des drohenden Endes von „NullDrei“. Doch anstatt zu resignieren, entwickelten die Anhänger eine vorher selten da gewesene Kreativität und Energie, um ihren Verein zu retten (Fotos). Innerhalb von Stunden wurde ein Spendenkonto eingerichtet und mit Aktionen auf das drohende Schicksal des Vereins aufmerksam gemacht. So wurden beispielsweise Pfandflaschen von den Fans gesammelt, um den Erlös zur Rettung des Vereins zu spenden. Dabei kamen beachtliche 2775 Flaschen zusammen, die ca. 1000 Euro für die Rettung des Vereins brachten. Viele Potsdamerinnen und Potsdamer spendeten auch direkt für die Rettung des Vereins – angefangen bei den Jüngsten, die ihr Sparschwein schlachteten, bis hin zu gut situierten Geschäftsleuten, die größere Beträge überwiesen. Viele der eingefleischten Anhänger gaben buchstäblich ihr letztes Hemd. Darüber hinaus spendeten auch Anhänger anderer Vereine sehr viel Geld. Selbst Fans von Erzrivalen wie Union Berlin und Hertha BSC setzten sich für die Rettung eines ostdeutschen Traditionsvereins ein. Obwohl insgesamt weit über 100.000 Euro durch diese Aktionen zusammenkamen, schien die Rettung dennoch in immer weitere Ferne zu rücken. Der alte Vorstand schien nicht bereit zurückzutreten und so den Weg für eine mögliche Rettung freizumachen. Aus Protest besetzten daraufhin Fans die Ge-



schäftsstelle des SVB und forderten den Vorstand ultimativ zum Rücktritt auf. Noch-Präsident Speer schien wenig beeindruckt und verkündete im RBB, dass er sich nicht von „Chaoten“ unter Druck setzen lasse. Währenddessen arbeiteten die Fans weiter an der Rettung des Vereins. So demonstrierten am Samstag, dem 28.5. über 1.000 Anhänger von „NullDrei“ in Potsdam für den Erhalt ihres „Potsdamer Kulturgutes“ und setzten danach mit einem selbst organisierten Fest im Karl-Liebknecht-Stadion ein weiteres Zeichen dafür, dass sie den Verein nicht aufgeben werden.

Die „Rettung“ des Vereins

Dass dieses Engagement am Ende belohnt werden würde, war zu diesem Zeitpunkt keinem klar. Der erste Lichtblick kam für viele Fans mit dem Rücktritt Rainer Speers und der Ernennung des Babelsberger Kinobetreibers Thomas Bastian am darauffolgenden Montag. Bastian und seine neuen Mitstreiter verstanden es, innerhalb kürzester Zeit Gespräche mit potenziellen Investoren und der Stadt anzubahnen, die letztlich die Rettung des Vereins bedeuteten. Neben einem großzügigen Zuschuss der Stadt Potsdam in Höhe von 700.000 Euro (der allein jedoch nur für die 5. Liga gereicht hätte), übernahm die fußballerfahrene „Deutsche Kreditbank“ (DKB), die unter anderem schon mit Hansa Rostock zusammenarbeitete, eine Bürgschaft für den Verein in Höhe von 1,4 Mio. Euro. Als am Mittwoch, dem 1.6. - 15 Minuten vor Ablauf der Frist - der neue Präsident Thomas Bastian die erfolgreiche Erteilung der Lizenz durch den DFB verkündete, lagen sich viele Fans vor Freude weinend in den Armen. Doch bei aller Freude war auch klar, dass es nun darum gehen muss, den Verein auf eine neue Grundlage zu stellen. Transparenz, Mitbestimmung der Fans und Engagement sollen die neuen Fundamente des SV Babelsberg 03 werden. Die Fans jedenfalls sind fest entschlossen, dafür zu sorgen, dass, wenn über Babelsberg gesprochen wird, vor allem wieder an die bunte und weltoffene Fanszene und erfolgreichen Fußball gedacht wird und nicht an Skandale und Klüngel! Denn noch einmal will keiner den Wahnsinn der letzten Wochen erleben.

Andre Keil,

Fan von Babelsberg 03

Sponsoring: Klare Regeln schaffen Gerechtigkeit

Im Mittelpunkt bei allen Partnerschaften, sei es im Bereich der Kultur, des Sports, der Bildung und des Sozialwesens, steht der Kunde. Als wirtschaftlich tätiges Unternehmen sind die Stadtwerke den Gesellschaftern verpflichtet. Die Kunden verlassen sich darauf, dass die Stadtwerke sparsam und effizient wirtschaften. Sponsoring soll daher im angemessenen Umfang und in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgen. DIE LINKE erwartet jetzt ein klares Bekenntnis von der Stadt und den Stadtverordneten für ein solches Wirken der städtischen Unternehmen.

Sponsoring bedarf klarer und fairer Regeln, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang dies geschieht. DIE LINKE wird sich aktiv in der Transparenzkommission beteiligen und eigene Vorschläge unterbreiten. So sollten z.B. die geförderten Projekte eine möglichst breite Ausstrahlungskraft entfalten und im Versorgungsgebiet der Stadtwerke Potsdam stattfinden. Eine Sponsoringentscheidung soll auf einer Kollektiventscheidung beruhen und nicht auf einer Einzelentscheidung. Das Mehr an Transparenz in der Mittelverwendung sollte in einen jährlichen Sponsoringbericht für die SVV münden.

Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender
Sascha Krämer
Kreisvorsitzender



Die Krone verpasst

Gedanken nach der Champions League und zur Weltmeisterschaft der Frauen/Von Rolf Kutzmutz

Längst sind alle Details zum Finale in der Women's Champions League veröffentlicht, analysiert und diskutiert. Am Ende eines Spieles, das Werbung für den Frauenfußball in Europa war, triumphierte in diesem Jahr Olympique Lyon. Olympique hat sich seinen Traum vom Sieg erfüllt. Es ist ein Klasse-Team, dem der 1. FFC Turbine an diesem Tag unterlegen war.

Wer solch ein Spiel mit 2:0 Toren für sich entscheidet, ist verdientermaßen Europas Champion – überhaupt keine Frage. Und noch ist es im Fußball so, dass Tore entscheiden. Ich muss allerdings lange zurückdenken, um mich an ein Spiel meiner Turbine-Mannschaft zu erinnern, in dem ihr kein Tor gelang.

Das aber war in London das Ausschlaggebende. Den Chancen – besonders in der 2. Halbzeit – hinterherzutauern macht wenig Sinn. Wenn und hätte zählen nicht – obwohl ...

Ach lassen wir das. In der nächsten Saison ist der aktuelle Deutsche Meister wieder dabei, zum dritten Mal in Folge, und wird seine Kräfte mit den Meistermannschaften Europas messen.

London war eine Reise wert – keine Frage. Das ehrwürdige Stadion „Craven Cottage“ des 1. FC Fulham präsentierte sich in einer Verfassung – insbesondere, was den Rasen betrifft – von der viele Stadien in Deutschland nur träumen können.



Im Zweikampf: Babett Peter (r.) und Camille Abily.

Foto: J. Kuppert

Nur 15.000 Zuschauer seien dabei gewesen, habe ich zu Hause gehört. Als ob in Deutschland bei jedem Spiel die Hütte voll ist. Es war eine angenehme Atmosphäre, fair, sachkundig und doch stimmungsvoll. Stimmungsvoll war auch die Feier, die im Hard Rock Cafe in London stattfand. Eine Feier, die sich am Ende einer anstrengenden und erfolgreichen Saison alle verdient hatten.

Und auch die Tage danach. Stadt-

rundfahrt durch London, Zeit zum Kennenlernen, zum Abschalten und dann das „Sahnehäubchen“: Wembley-Stadion – das Finale der Herren – Manchester United vs. FC Barcelona. Ein ausverkauftes Stadion, in dem man den Eindruck gewinnen konnte, Barcelona hätte ein Heimspiel – wie zuvor dieser Eindruck schon in der Stadt selbst entstand.

An jeder Ecke wurden Schals und Fahnen feilgeboten. Überall konnte

man den Anfeuerungschören der Fans schon vor dem Spiel lauschen und wer sich nicht so recht entscheiden konnte, wem er als neutraler Zuschauer seine Sympathie schenken sollte, konnte sich mit einem Schal helfen, der unverfänglich war. Darauf stand nur ein Wort: ANTIMADRISTA – gegen Madrid – Real Madrid also – die aber waren ja gar nicht dabei. Das Ergebnis ist bekannt, wie das im Craven Cottage. Es war ein großartiges Erlebnis.

Und beim Übergang von London zur Frauenfußball-Weltmeisterschaft, die am 26. Juni mit dem Eröffnungsspiel Deutschland-Kanada um 18.00 Uhr im Berliner Olympia-Stadion begann, fällt mir nur eines ein, nämlich, dass die aktuellen Nationalspielerinnen des Vereins dieses Spiel nicht erleben durften, weil sie sich am Samstag Abend zu einem weiteren Lehrgang der Nationalmannschaft einzufinden hatten.

Nun ja, offensichtlich ist auch jede Minute Vorbereitung ausgeplant, um das „Sommermärchen“ fortzusetzen und bei der Heim-WM als Sieger auf dem Treppchen stehen zu können.

Einfach wird das nicht. Aber zu den Favoriten zählt die deutsche Mannschaft nicht nur wegen des Heimvorteils.

Wer noch in Frage kommt? Da sind ganz sicher die US-Frauen, die aus England oder die Nordkoreanerinnen und nicht zu vergessen: Brasilien.

Eine spannende Weltmeisterschaft läuft. Leider ist Berlin nur Austragungsort des Eröffnungsspieles. Wer live dabei sein will, muss schon nach Wolfsburg oder Dresden reisen (ich habe nur die beiden nächstliegenden Städte aufgeschrieben), um im Stadion sitzen zu können.

Am 17. Juli sind wir am Abend alle schlauer – und mal sehen, wer von sich sagen kann, sein Tipp sei aufgegangen.

Länder übergreifend wirksam

Vorgestellt: Bürgerverein Kleintierzucht und Naturfreunde Steinstücken 80 e.V.

Tag der offenen Tür in Steinstücken:
Kreis-Kaninchen-Jungtierschau Potsdam
Sa. 16.07.2011
von 10.00 bis 18.00 Uhr
So. 17.07.2011
von 9.00 bis 17.00 Uhr
Eingang: Steinstraße 34
Vereinsheim
Tel. 030/80604847

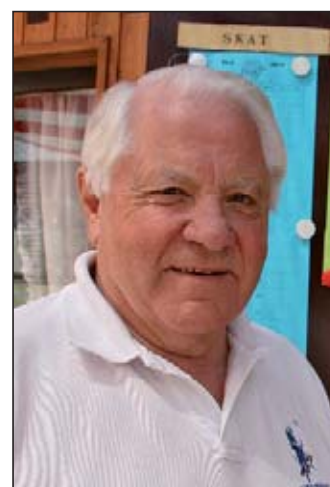
Günter Roßnagel, Vorsitzender des Bürgervereins (Foto), gehört zu den 16 Gründungsmitgliedern, die am 14.03.1980 den Verein zunächst nur als „Kleintierzucht und Naturfreunde Steinstücken 80 e.V.“ gründeten. Der Verein liegt in der ehemaligen Enklave Steinstücken und ist mit seiner Entwicklung selbst Teil der deutschen Geschichte geworden. Schon 1988 wurde der Vereinsname um den Zusatz „Bürgerverein“ ergänzt, um das Tätigkeitsspektrum zu erweitern. Der Bürgerverein verbindet heute durch seine vielfältigen Angebote für Jung und Alt etwa 80 Mitglieder, davon über 30% aus Potsdam und Babelsberg. Er ist Heimstatt für viele unterschiedliche Interessengruppen, die sich in regelmäßigen Abständen zum Singen, Preisskat, Kegeln, Yoga, Dart, Frischschoppen, im Kunstzirkel, zur Spielrunde oder zum Vereinsabend treffen. Das Vereinsgelände ist aber gleichzeitig auch Veranstaltungsort für andere Vereine geworden.

So finden z. B. in Steinstücken die Kreis-Kaninchen-Jungtierschau Potsdam und auch Sommerfeste der Volkssolidarität statt.

Basis für die erfolgreiche Vereinsarbeit ist das Grundstück. Der Senat von Berlin hatte 1981 dem Verein das unerschlossene und verwilderte Grundstück verpachtet. Erst 1990 bekamen sie Strom. Die Wasser- und Abwasserleitung wird gerade gelegt. Vor zwei Jahren hatte der Senat klammheimlich das Grundstück in einen Liegenschaftsfonds eingebracht. Da der Verein zum Glück drei Sponsoren gefunden hatte, die einen zinslosen Kredit gewährten, konnte mit dem Kauf eine Versteigerung an profitierere Investoren verhindert werden.

„Ergreifst Du als Parteiloser bzw. der Bürgerverein auch mal öffentlich Partei?“ Auf die Frage holt Günter weit aus.

Er stammte aus einem 2500 Einwohner zählenden Dorf bei Heidelberg, der Vater war bis zu



deren Verbot in der KPD engagiert. Günter lernte in einer Gerberei, dem größten Arbeitgeber der Gegend, und kämpfte schließlich bei dessen Schließung im Betriebsrat um einen Sozialplan. Ein Jahr war er auch mal Bürgerdeputierter der Bezirksverordnetenversammlung – aber das „Kasperle-Theater“ war nichts für ihn, wenn gute Anträge

aus politischem Kalkül abgeschmettert wurden. Für ihn ist es wichtig, dass man Menschen einen Ort gibt, an dem sie sich kennenlernen und treffen können, unabhängig von Parteizugehörigkeit und persönlicher Biografie. Ihn ärgert es, wenn es keinen Kontakt zwischen Nachbarn gibt. Da sich im Bürgerverein viele treffen, geben sich auch viele Politiker bei ihm die Klinke in die Hand. Aber dass Rolf Kutzmutz bisher keiner seiner Einladungen folgte, obwohl er doch hier in der Nähe wohnt, bedauert Günter sehr. Was nicht ist – kann ja noch werden.

Zum Schluss weist mich Günter noch schmunzelnd auf die neue Gestaltung der Steinstraße hin. Auf der Berliner Seite, dem alten Bundesland, werden die alten Bordsteine gesetzt, auf der Potsdamer Seite, dem neuen Bundesland, setzt man die Neuen. Vielleicht schauen Sie mal beim Tag der offenen Tür am 16 und 17.07. vorbei?

20 Jahre AG Senioren im Haus der LINKEN

Als am Samstag, dem 28. Mai, die linken Senioren Potsdam in das Haus der Partei nach Potsdam einluden, kamen zur Feier viele Gäste, die auch in der ersten Stunde der Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft bereits dazu beitrugen, ihr Leben einzuhauchen. Zu der als Fröhschoppen gestalteten Veranstaltung, wurden auch die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Anita Tack und der Satiriker Günter Herlt eingeladen.

Anita Tack diskutierte mit den Gästen vor allem über die Gesundheitspolitik. Das Motto war „Gesundheit ist keine Ware“ – ein verständlicher aber immer mehr untergrabener Wunsch.

Anita Tack erläuterte, wofür sie eigentlich zuständig ist (die Kran-



kenhäuser) und wofür die Bundespolitik oder die Kassenärztliche Vereinigung die Verantwortung

tragen. Über die Schwierigkeiten, Nachfolger für in Rente gehende Landärzte zu finden, über die nach wie vor schlechtere Bezahlung von Krankenschwestern und Ärzten im Osten bis hin zum aktuellen Thema EHEC wurde der Bogen geschlagen. Die Frage, ob man bei Zusatzbeiträgen die Kasse wechseln sollte, führte zu einem „eher nicht, weil die anderen sowieso nachziehen würden“. Alles in allem eine interessante Runde, die Möglichkeiten, aber auch Grenzen „linker“ Gesundheitspolitik auf Landesebene deutlich werden ließ.

Günter Herlt brillierte mit kurzen pointierten, aus den Leben gegriffenen Geschichten, die das

Zwerchfell der anwesenden Senioren arg beanspruchten. Beim Verkauf seiner Bücher stellte sich heraus, dass der Wunsch nach humoristischen Texten größer war, als der Koffer des Satirikers hergeben konnte.

Zum Gelingen der Feierlichkeiten trug auch die Versorgung, organisiert durch den Kreisvorstand Potsdam, bei. Der am Grill agierende Vorsitzende Sascha Krämer bekam für seine Bratkunst diverses Lob und der Geschäftsführer kam bei der Getränkeversorgung bei sonnigem Wetter ganz schön ins Schwitzen. Eine Veranstaltung, die alles in allem dem Anlass gerecht wurde. -rf



„Gesundheit ist keine Ware“

Kaum jemand wird wohl stolzer gewesen sein über den Besuch einer Landes-Ministerin als die Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik beim Kreisverband der LINKEN. Diejenigen, die sich 1991 noch als „Parteiveteranen“ (noch in SED-Diktion) formiert hatten, konnten damals kaum in Blickweite gehabt haben, dass sie 20 Jahre später eine Ministerin ihrer damals geschundenen Partei empfangen würden.

Anita Tack, die Gesundheits- und Verbraucherschutzministerin der rot-roten Landesregierung, erinnerte sich noch sehr gut an die Gründung vor 20 Jahren, die vom damaligen Kreisvorsitzenden Rolf Kutzmutz vorangetrieben worden war. Auch ihr Thema liegt auf der beratenden Linie, mit der die Senioren-AG ihren Mitgliedern die Alltagsprobleme erklären und erleichtern hilft.

„Gesundheit ist keine Ware“ – das meinte auch Anita Tack, doch der Anspruch sei immer wieder neu durchzusetzen, denn die Senioren kennen nur zu gut die eigenen Erlebnisse von Zwei-Klassen-Medizin, selbst wenn die Mi-

nisterin betont: „Jeder Versicherte hat den gleichen Anspruch auf medizinische Leistungen.“ Aber wie kann eine Ministerin der LINKEN diesen Anspruch durchsetzen bei der Zuständigkeit des Bundes für die Gesundheitspolitik, noch dazu einer schwarz-gelben Bundesregierung, in der die FDP das Ressort besetzt und das solidarische Grundprinzip gerade aufgebrochen hat? Alle 16 Gesundheitsminister seien sich einig, den Ländern mehr Kompetenzen zu übertragen – widerspiegelt hat es sich in der Gesundheitsreform bisher nicht. Was bleibt, ist die Zuständigkeit des Landes für seine Krankenhäuser, davon gebe es 51 im Land, die fast alle sehr modern ausgestattet sind, sagte Anita Tack. Es gehe in Brandenburg darum, auch im ländlichen Raum die medizinische Ver-

sorgung aufrecht zu erhalten. Die Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren (manche trauen sich sogar, wieder Poliklinik zu sagen) sei zur Zeit nur mit Ausnahmegenehmigung möglich, weil Bundesgesetze dagegen stehen. „Ärzte im ländlichen Raum sind das größte Problem, es gibt nicht zu wenig Ärzte – sie sind nur falsch verteilt“, sagte sie, obwohl es zahlreiche Förderungen von Stipendien und Erstaustattungen durch die Kassenärztliche Vereinigung gebe. Auch für das

„Agnes 2“-Modell (Gemeinschaftswester) übernehme die KV die Fahrtkosten, die in dem vom Bund finanzierten Modell so lange nicht enthalten waren. „Die Sicherheit der gesundheitlichen Versorgung ist nicht nur eine medizinische Größe, sondern eine Frage der Lebenskultur“, resümierte sie. Zum zweiten Ressort ihres Ministeriums, Umwelt- und Verbraucherschutz, stellte sie den Zusammenhang her. Patientenrechte müssten in der Entwicklung Europas einen wichtigen Stellenwert erhalten.



Auch als Senior/in kein

„altes Eisen“

Heute sind 70 Jahre kein Alter mehr – zumindest keins, das am aktiven Engagement hindert. Möglichkeiten gibt es viele:

1. Die AG Senioren der Partei DIE LINKE.Potsdam sucht jederzeit neue Mitglieder, die ihre Ideen und Spaß am Zusammensein einbringen. Kontakt über Prof. Horst Klett oder die Kreisgeschäftsstelle in der Alleestraße 3.

2. Der Seniorenbeirat vertritt parteiübergreifend die Senioren der Landeshauptstadt Potsdam gegenüber der SVV. Mitglieder sind derzeit

- Puschmann, Wolfgang (Tennisclub Rot-Weiß)
- Bertz, Lore (AWO Seniorenfreizeitstätte)
- Dr. Stark, Reinhard (SPD-Potsdam)
- Prof. Dr. Klett, Horst (DIE LINKE, AG Seniorenpolitik)
- Reinisch, Brigitte (Gewerkschaft Ver.di)
- Eulitz, Johannes (Volkssolidarität)
- Fischer, Günther (Katholische Kirche)
- Kreutz, Karl (AG Zeitzeugen)
- Wredenhagen, Hartmut (Senioren-Union CDU)
- Demke, Dorothea (Ev. Lehrerwitwenhaus)
- Hofmann, Helga (Sozialwerk Potsdam)
- Liebig, Ingrid (Gewerkschaft Transnet)
- Mayer, Josef H. (Liberale Senioren)
- Siebenhaar, Horst (Bundeswehrverband e.V. Potsdam)

Arbeitsgruppen im Seniorenbeirat:

AG „Bezahlbares Altersgerechtes und Betreutes Wohnen“

AG „Soziales /Gesundheit“

AG „Sicherheit im Alter und öffentl. Verkehr“

AG „Zeitzeugen“

AG „Brandenburgische Seniorenwoche“

AG „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“

Installation des Internetauftritts des Seniorenbeirats in Potsdam.de in Zusammenarbeit mit dem Bereich Marketing/Kommunikation

Träger Amtsschimmel in Potsdam?

Verwertung von Bioabfall – ein Beitrag zum Klimaschutz/Von Dr. S. Worsack

Allen ist klar – wir müssen alternative Energiequellen erschließen, doch der Amtsschimmel ist in Potsdam wie bei den meisten Entscheidungen auch bei der Biotonne träge. Oder sind die Versäumnisse dem Stadtwerke-Syndrom Paffhausen und / oder sogar (privat)wirtschaftlicher Kalküle zuzurechnen? Die Stadtverordneten sollten sich umgehend dazu positionieren.

Schauen wir zunächst über den Tellerrand, was die anderen Städte und Gemeinden machen. „Im Jahr 2009 lebten 65 Mio. Einwohner in Gebieten, in denen die Sammlung von Bioabfall über die Biotonne organisiert war. Dies sind 79% der Einwohner Deutschlands. Der Flächenanteil der öffentlichen Entsorgungsträger mit Biotonne beträgt 68,7% bezogen auf die Gesamtfläche Deutschlands“².

Es ist schon höchst seltsam, dass die Potsdamer zu den 21% Einwohnern Deutschlands gehören, denen keine Biotonne angeboten wird, da im Bioabfall viel Energie steckt. Durchschnittlich kann man aus einer Tonne Bioabfall 100 m³ 60%-iges Methan herstellen, das ist eine vergleichbare Menge, die man auch aus einer Tonne Fut-

terrüben erzeugen könnte. Laut statistischem Bundesamt¹ sammelten die Deutschen im Jahr 2008 ca. 8,3 Mio. Tonnen Bioabfall, das sind 17% des gesamten anfallenden Siedlungsabfalls. Dabei wurden 47% des Bioabfalls über die Biotonne und 53% als Garten- und Parkabfälle gesammelt. Die Sammelleidenschaft der Deutschen ist jedoch breit gefächert. In ländlichen Kreisen sammelte man ca. 3 mal mehr als in Großstädten.

Was bedeutet das für Potsdam? Rechnet man für Potsdam im Durchschnitt mit 50kg/E an Abfällen über die Biotonne und 50kg/E an Garten- und Parkabfällen, dann wären das 13.000 t/a. Daraus könnten 1.300.000 m³ Biogas mit einem Methangehalt von ca. 60% produziert werden.

Das entspricht einem Energiegehalt von 7,8 GWh. Bei der Standortsuche für die Biogasanlage muss man den Platzbedarf mit ca. 0,5 bis 1 ha, den Mindestabstand zur Wohnbebauung und die daraus resultierenden Fahrwege optimieren. Für die Energieeffizienz ist es notwendig, dass die zusätzlich anfallende Prozesswärme auch lokal genutzt werden kann. Das erzeugte Biogas sollte in die allgemeine Gasleitung mit einem entsprechenden Erlös eingespeist werden.

Wenn man die Stellungnahme der Verwaltung zur Biotonne im Bürgerhaushalt 2008 liest³: „Stand 2007: Zwischen der Landeshauptstadt Potsdam bestehen langfristige Verträge für die Abfallentsorgung mit der STEP und der MEAB, in denen bestimmte Leistungs-

umfänge festgelegt sind“ und heute weiß, dass dieser Vertrag zum 31.12.2011 ausläuft, hat Potsdam es verpennt, die Mülltrennung rechtzeitig neu zu sortieren. Schaut man mal nach Berlin und liest in taz.de vom 06.04.2011 vom „STREIT UM ENTSORGUNG – Alle wollen den Müll“⁴, dann könnte man die Stellungnahme von 2007 auch als Falschinformation interpretieren und auf Gedanken wie Korruption kommen. Diese 4 Jahre wären genau die richtige Zeitspanne gewesen, um das Projekt Biogas aus der Biotonne vorzubereiten.

Ich erwarte, dass Potsdam ein Projekt erarbeitet, das mit seiner Energiebilanz ein sinnvoller Beitrag zum Klimaschutz ist. Für mich ist die Biotonne eine städtische Aufgabe, die nur gemeinsam mit den Potsdamern zum Erfolg geführt werden kann.



¹ Zeitreihe zum Abfallaufkommen des Statistischen Bundesamtes Juli 2010

² Einführung und Optimierung der getrennten Sammlung zur Nutzbarmachung von Bioabfällen – Handbuch für öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger, Abfallbehörden, Entscheidungsträger, Planer und Entsorgungsunternehmen. VHE Mai 2009

³ Bürgerhaushalt 2008: <http://www.potsdam.de/cms/bei-trag/10044397/693264/>

⁴ taz.de vom 06.04.2011: <http://www.taz.de/1/berlin/artikel/1/alle-wollen-den-muell/>

Rote mit grünem Herzen

Zum 20. Geburtstag der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Umwelt/Von Norbert Wilke, LAG-Sprecher

Kontakt zur LAG:
DIE LINKE Brandenburg
LAG Umwelt
Norbert Wilke
(Sprecher der LAG)
Tel. 01520-2875749
Email: norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de

Zu den aktuellen Arbeitsbereichen der LAG gehören die Zuarbeit zu Gesetzesnovellen, die Entwicklung zu Standpunkten ökologischer Politik, wie z.B. unser Positionspapier zur Wasserpolitik, die Beratung von Genossen vor Ort bei Umweltproblemen in ihrer Region und die kritische Begleitung kommunaler und überregionaler Bauvorhaben. Unsere LAG arbeitet hierbei eng mit zahlreichen Bürgerinitiativen im Land zusammen. Momentan sind 80 Aktive Mitglied der LAG Umwelt. Für eine landesweite, effektive Arbeit suchen wir natürlich noch weitere Mitsstreiter, egal, ob sie Mitglied unserer Partei sind oder nicht.

Margitta Mächtigt, als Mitbegründerin und Initiatorin der AG Umwelt hat in ihren Geleitworten zum Flyer „20 Jahre AG Umwelt“ deutlich gemacht, dass es notwendig

war, beim Herausarbeiten des neuen Profils der Partei des Demokratischen Sozialismus, sich auch mit ökologischen Problemen zu befassen.

Daher wurde am 20.04.1991 die AG Umwelt beim Landesvorstand der PDS in Bernau gegründet. Zu den Mitgliedern der ersten Stunde, gehörten Erna und Kurt Kretschmann sowie Prof. Bernhard Gonnemann.

„Als ehemaliges Mitglied des Bezirksvorstandes Potsdam der Gesellschaft für Natur und Umwelt wusste ich um den Stellenwert ökologischer Fragen bei den politischen Auseinandersetzungen der 80er Jahre.

Dort erlebte ich z.B. Matthias Platzeck als Sprecher der Gruppe Stadtökologie ARGUS in Potsdam und in der Wendezeit Minister im

Kabinetts Modrow. Kompromisslos forderte er die Beachtung des Umweltschutzes als Zukunftsfrage der Gesellschaft,“ so die heutige Landtagsbeordnete Margitta Mächtigt, die die erste Sprecherin der LAG war.

Die 1. ökologische Konferenz in Cottbus und die 1. Alternative Grüne Woche im Kreis Ostprignitz-Ruppin glichen zunächst noch Ökomärkten, obwohl auch damals Teilfragen im Zusammenhang mit der aktuellen Politik eine Rolle spielten.

Beflügelt wurde die Diskussion, als Wissenschaftler der BO-Telegrafenberg 1996 Mitglied der AG Umwelt wurden. Dem Wissenschaftler-Trio Prof. Böhme, weltweit geachteter Klimaforscher, Prof. Gonnemann, bewährt in der DDR-Friedensforschung, und Dr. Ilse Spahn, Meteorologin und Spezialistin zur

Problematik Nachhaltigkeit, ist es zu danken, dass die 2. ökologische Konferenz als theoretische Konferenz angelegt wurde. Es galt, Antwort auf die Frage zu finden „Was heißt ökologischer Umbau der Gesellschaft?“

Die Ziele, die im Jahr 1991 mit der Gründung der LAG innerhalb der Partei erreicht werden sollten, sind nach wie vor aktuell. Die LAG Umwelt will, dass die Partei DIE LINKE für alle ökologiebewussten Menschen attraktiv und wählbar ist.

Dass die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen als wichtigste Aufgabe der Politik betrachtet wird, weil auch soziale Gerechtigkeit letztendlich nur bei der Erhaltung des natürlichen Lebensgrundlagen erreicht wird.



Herzlichen Glückwunsch, Walter!

Unser Genosse Walter Ruge feierte am 7. Juni seinen 96. Geburtstag im Kreise von Freunden in seiner Potsdamer Wohnung. Zu den Gratulanten gehörte auch der junge Kreisvorsitzende der LINKEN, Sascha Krämer (Foto). Und wir wollen an dieser Stelle diese Glückwünsche noch einmal und ganz öffentlich wiederholen.

Ehren für einen NS-Schauspieler?

Es stand in der MAZ vom 25. Mai 2011/Leserpost zur Gedenkpolitik

Der Protest der Gruppe „Die Andere“ gegen die Benennung der geplanten Privatstraße zwischen Filmhochschule und „An der Sandscholle“ nach Heinz Rühmann ist zu unterstützen.

Die Entscheidung, eine Straße nach Rühmann zu benennen, wirft die Frage auf, ob bei der Vergabe von Straßennamen mit zweierlei Maß gemessen wird. Erinnerung sei an die Diskussionen um die Benennung einer Straße nach dem antifaschistischen Widerstandskämpfer Otto Wiesner, der elf Jahre die Konzentrationslager Sachsenhausen und Mauthausen erlitten hatte. Um eine Straße nach ihm zu benennen, wurde und wird eine Prüfung seiner Aktivitäten zu DDR-Zeiten gefordert.

Wird und wurde gleiches Maß bei der Befragung der Vita Heinz Rühmann in den Jahren 1933 bis 1945 angelegt? Am 6. November 1936 besuchte Rühmann Joseph Goebbels, der diesen Besuch in seinem Tagebuch wie folgt kommentiert. „Heinz Rühmann klagt uns sein Eheleid mit einer Jüdin. Ich werde ihm helfen. Er verdient es, denn er ist ein großer Schauspieler.“

Es stellt sich die Frage, ob er, wie kolportiert wird, seine Frau, von der er getrennt lebte, habe schützen wollen oder ob sie ihm nicht vielmehr für seine Karriere im Weg war. Dass man sich in den Jahren der NS-Diktatur auch anders ver-

halten konnte, bewiesen Henny Porten, Theo Lingens oder Hans Moser, die ihre jüdischen Partner nicht absoben, sondern sich schützend vor sie stellten.

Zu hinterfragen wäre auch, was es mit der von Hitler erhaltenen

steuerfreien Schenkung in Höhe von 40 000 Reichsmark auf sich hatte und was aus den jüdischen Vorbesitzern der von Rühmann erworbenen Villa am Kleinen Wannensee geworden ist. Er war nicht nur der „Spaßmacher vom Dienst“, son-

dern ließ sich vor den propagandistischen Karren des NS-Regimes spannen. Erwähnt seien Filme wie „Wunschkonzert“ (1940), „Fronttheater“ (1942) oder die rassistische Komödie „Quax in Afrika“ (1943).

In Wehrmachtsuniform trat er für die Wochenschau auf, er sammelte Spenden für das Winterhilfswerk und war Mitglied des der NSDAP nahe stehenden „Kampfbundes für deutsche Kultur“.

1940 ernannte Goebbels Rühmann zum Staatsschauspieler, was die höchste Auszeichnung für Darsteller im „Dritten Reich“ bedeutete. Es spricht auch nicht unbedingt für Regimeferne, wenn Rühmann den Film „Die Feuerzangenbowle“ persönlich in die Wolfsschanze brachte, um die Meinung Hitlers zu dem Film einzuholen. Er stand auf der so genannten „Gottbegnadeten Liste“, die Goebbels hatte zusammenstellen lassen und die Namen von Künstlern verschiedenster Sparten enthielt, die für das NS-Regime als unentbehrlich angesehen wurden.

Rühmann war zweifellos ein talentierter Schauspieler und über Generationen hinweg Liebling der Massen. Aber war er, auch wenn er es nach 1945 behauptete, ein unpolitischer Schauspieler, der nur nette Unterhaltung drehte?

Diese Frage muss man verneinen. Heinz Rühmann war Profiteur und auch Stütze des Regimes.

Almuth Püschel

Mit welchen Maßstäben?

Ich schließe mich dem Protest der Gruppe „Die Andere“ gegen die Benennung der geplanten Privatstraße zwischen Filmhochschule und „An der Sandscholle“ nach Heinz Rühmann an. Eine profunde Begründung dazu ist dem Leserbrief von Almuth Püschel am 23. Mai 2011 auf der MAZ-Leserbriefseite des Stadtkuriers nachzulesen.

Ich möchte sie ergänzen mit einem Auszug aus einer Schrift über den Stahnsdorfer Friedhof, in dem es u. a. heißt: „... schlimm wäre es schon, wenn wir nichts mehr über die Geschichte der Familie Gottschalk erfahren würden. Als bekannt wurde, dass Joachim Gottschalks Frau Meta Jüdin war, sollte sich der „arische“ Schauspieler von Frau und Sohn trennen. Er lehnte ab. Die Deportation nach Theresienstadt wurde verfügt. Als Gottschalk darum bat, seine Familie begleiten zu dürfen, (er bat Rühmann ihn zu unterstützen) konnte Kollege Rühmann nicht helfen, weil er gerade bei der Ufa mit „Quax der Bruchpilot“ beschäftigt war. Am 6. November 1941, in der Nacht vor dem Abtransport, wählte die Familie Gottschalk den Freitod. Da die städtischen Gottesacker die Aufnahme verweigerten, wurde die Beisetzung in Stahnsdorf angeordnet. Nachzutragen ist, dass Rühmann 1966 das Bundesverdienstkreuz erhielt...“

Eine Entscheidung, den NS-Schauspieler mit der Benennung einer Straße nach ihm zu ehren, löst die Frage aus, warum man dem Potsdamer Schriftsteller und Antifaschisten Otto Wiesner, der elf Jahre in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Mauthausen eingekerkert war und dessen Name im Goldenen Buch der Landeshauptstadt Potsdam steht, diese Ehre bislang verweigert.

Mit welchen Maßstäben wird hier gemessen?

Helga Bornstädt

Gedenkdaten (Teil II)

- 22.07.1943 Ermordung Hermann Elfleins im KZ Sachsenhausen
- 02.08.1945 Ende der Potsdamer Konferenz / Unterzeichnung
- 26.08.1942 Georg Benjamin wird im KZ Mauthausen ermordet
- 01.09.1939 Antikriegstag in Deutschland (seit 1966) „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“
- 09.10.1936 Formierung der Internationalen Brigaden
- 24.10.1944 Ermordung Werner Seelenbinders in Brandenburg Görden
- 09.11.1938 Novemberpogrom, Zerstörung der Potsdamer Synagoge
- 12.11.1931 Ermordung Herbert Ritters
- 24.11.1933 Hans Otto an Folgen der Folterungen gestorben

Gegen Neonazis in Neuruppin

Am 9. Juli planen Neonazis einen Aufmarsch in Neuruppin, an dessen Blockade wir uns beteiligen wollen. Also holt Eure Kalender raus, merkt Euch den Tag vor, kommt mit nach Neuruppin und lasst uns auch diesen Aufmarsch zu einem Desaster für die Neonaziszene Brandenburgs machen! Nähere Informationen über geplante Aktionen, genauen Ort und Zeitpunkt der Gegenproteste erfahrt Ihr zeitnah von der Homepage der Linksjugend [solid] Brandenburg.

Zeichen gegen den Krieg

Am 15. Juni 2011 fand in Potsdam am Desterteurs-Denkmal eine Mahnwache der Potsdamer Friedenskoordination statt. Auf dem Transparent stand deutlich folgender Text: „Wir fordern: Keine Kriege in Afghanistan, Pakistan, Libyen, Jemen, Somalia, Sudan, Irak, Syrien... überall auf der Erde! Abrüstung, Abschaffung der Atomwaffen! Keine Bombengeschäfte für die USA!“

Zahlreiche Passanten nahmen davon Kenntnis, und es gab positive Reaktionen auf die Mahnwache. Damit setzen Potsdamer ein Zeichen gegen den Krieg.

- hj

Sudoku

9	8		1	2				6
			6		8			3
7			9					
1	9			4				
4	3				5			2
			7			9		4
				2				9
8	2		7					
6			4	1			8	7

Auflösung Juni

9	8	5	3	4	2	7	1	6
6	2	3	9	1	7	4	8	5
7	1	4	5	8	6	9	2	3
1	3	8	6	9	5	2	4	7
5	4	7	8	2	1	6	3	9
2	6	9	4	7	3	1	5	8
4	5	1	7	3	9	8	6	2
3	9	2	1	6	8	5	7	4
8	7	6	2	5	4	3	9	1

„Zwanzig Jahre Neu-Brandenburg“ gegen kurzes Politik-Gedächtnis

„Wissen Sie noch, warum der Alterspräsident des Landtags Brandenburg Anfang '90 zurücktreten musste?“, begann Matthias Krauß seine Lesung mit einer Frage an die kleine, aber interessierte Runde. Etwa 15 Potsdamer hatten am 4. Juni Lust, mit dem Journalisten nach einer kleinen Stärkung vom Grill in der LINKEN-Geschäftsstelle einen Blick auf die 20-jährige Geschichte ihres Bundeslandes zu werfen. Und nachdem Krauß an den Vorwurf „Judenmord“ an Gustav Just erinnert hatte, brachte er mit Leseproben zu Bollhagen



und Hildebrandt das gemeinsame Gedächtnis in Schwung. Erstaunlich viel geriet schon in Vergessenheit – offenbar auch bei poli-

tischen Akteuren der heutigen Zeit, denen das Büchlein „Hoch über Sumpf und Sand – Zwanzig Jahre Neu-Brandenburg“ als Bettlektüre gegen ein kurzes Gedächtnis anempfohlen sei... Statt üblicher Geschichtssuggestion breitet Krauß akribisch gesammelte Fakten in unterhaltsamer Sprache vor dem Leser aus, den Manches sicher ebenso verblüffen wird wie die Veranstaltungsteilnehmer, die nach einer lebhaften Debatte über Landeshymne, Fluglärm & Enquetekommission angeregt auseinander gingen.

„Mit Fisch, Weib und Gesang feiert der Fischer seinen Fang“

Sein 20. Betriebsjubiläum feierte am 18. und 19. Juni Potsdams einziger Fischer Mario Weber. Der 50-jährige hatte auf seinem Fischereihof eine Ausstellung zur jahrhundertalten Tradition der Seen- und Flussfischerei in Potsdam und darüber hinaus an diesem Standort aufgebaut. Schließlich wird die Fischerei an dieser Ecke unserer Stadt – direkt an der alten Stadtmauer – mit dem Ursprung Potsdams verbunden. Die erste urkundliche Erwähnung über die Verleihung der Fischereirechte ist aus dem Jahre 1452 in der Chro-



nik der Landeshauptstadt verankert. Fischer Weber hatte natürlich auch wieder für reichlich Speisen und Trank gesorgt. Neben der obligatorischen Räucherware und der Fischsuppe standen auch Kaffee und Kuchen, Musik und lokal gebräutes Bier (Forsthaus Templin) sowie Bootsfahrten für die Gäste auf dem Programm. Übrigens: Wer im Juni das Fischerfest verpasst hat, der sollte am 3. und 4. September zum Fischerfest bei Weber dabei sein. Denn da heißt es „mit Fisch, Weib und Gesang feiert der Fischer seinen Fang.“

Tipps der Verbraucherzentrale für die schönste Zeit des Jahres

Immer wieder sperren Banken plötzlich am Ferienort Girokarten wegen „auffällig vieler Kontobewegungen“. Deshalb empfiehlt sich, nie ohne Alternativen wie etwa Kreditkarten und Reiseschecks sowie natürlich auch Bargeld zu verreisen. Wer sorglos in ferne Länder touren will, der sollte eine private Reisekrankenversicherung im Gepäck haben. Denn die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen im Ausland nur eingeschränkten oder gar keinen Schutz. Gerne nutzen Reisende ihren Ur-

laub, um sich an fernen Orten mit preiswerten Arzneimitteln einzudecken. Die Zollbestimmungen begrenzen die Bevorratung jedoch: Eine Einfuhr nach Deutschland ist nur für den persönlichen Bedarf erlaubt. Unter den Strahlen der Sonne leidet die Haut - vor allem die der Kinder. Ein Lichtblick scheinen da besondere UV-Textilien. Doch die sind keineswegs ein Allheilmittel. Auch herkömmliche Kleidung kann ausreichen, sofern Gewebe und Farben stimmen. Anders als in der Werbung gern

propagiert können Beta-Karotin-Kapseln Eincremen keineswegs ersetzen, sondern allenfalls ergänzen. Mehr als alle anderen müssen sich Raucher informieren, bevor sie dazu greifen. Allzu sorgloses Reisen in fernen Ländern kann gehörig auf Magen und Darm schlagen. Nicht nur Montezumas Rache, sondern auch lebensbedrohliche Erkrankungen wie Typhus, Cholera und Hepatitis A drohen, wenn wichtige Hygiene- und Ernährungsregeln unterwegs missachtet werden.

Die für die Europäische Union EU geltenden Grenzwerte wie zum Beispiel für Pestizide können in anderen Ländern deutlich überschritten werden. Ohnehin gelten für viele Lebensmittel Einfuhr-Beschänkungen und -verbote. Ist die Unterkunft nicht sauber oder fehlt die Dusche im Zimmer, sind Reisende nicht rechtlos. Sie können in vielen Fällen den Reisepreis mindern. Telefonieren im Ausland klappt dank des so genannten „International Roaming“. Die Roaming-Technik,

zu Deutsch etwa „herumwandern“, sorgt dafür, dass Handys auch über Landesgrenzen hinweg funktionieren. Die Tarife dieser ausländischen Netzbetreiber können hierbei sehr unterschiedlich sein. Buchempfehlung: Ihr Recht auf Reisen: Der Ratgeber gibt wertvolle Tipps für die typischen Situationen, in die Sie auf einer Pauschalreise kommen können. Er erklärt juristische Fachbegriffe und nennt die Fristen, die Sie bei Reklamationen beachten müssen. (Weitere Infos unter www.vzb.de)

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

- Montag, 04.07.2011, 14.30 Uhr:** „Eine Reise in Bildern durch Argentinien, Patagonien, Chile und nach Rapa Nui, der einmaligen Osterinsel“ - Teil 5: Chile und die Osterinsel mit Frau Eva Gretsch. *Dahlweid
- Sonntag, 10.07.2011, 11.00 Uhr:** Das Literatur-Kollegium Brandenburg e.V. veranstaltet eine Gedenkveranstaltung für Walter Fliegel. Ort: Filmmuseum Potsdam
- Sonntag, 10.07.2011, 19.00 Uhr:** Jugendbildung - Antifaschistischer Protest im Visier: Politische Arbeit von Gruppen und Vereinen in Zeiten der Extremismuskultur mit Peer Stolle (Rechtsanwalt in Berlin und Vorstandsmitglied des Re-

- publikanischen Anwältinnen- und Anwaltvereins) zur Entgrenzung polizeilicher Maßnahmen und der Entstehung einer Sicherheitsgesellschaft sowie mit Clara Burg (Aktivistin im Bündnis «Nazifrei! - Dresden stellt sich quer») zur Zusammenarbeit in breiten Bündnissen als Strategie gegen den Extremismusquatsch Ort: Studentisches Kulturzentrum KuZe, Potsdam
- Montag, 11.07.2011, 14.30 Uhr:** „Eine Reise zum Denali, dem höchsten Berg Nordamerikas“ - eine interessante Reise mit Karl Kreutz. *Dahlweid
- Mittwoch, 13.07.2011, 13.30 Uhr:** „18, 20, Buben 'raus“ - Skattournier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und

- Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *Dahlweid
- Dienstag, 19.07.2011, 14.30 Uhr:** „Namaste – Gurdev Singh“ - als Ehrengast begrüßen wir Gurdev Singh aus Amritsar, der Stadt des Goldenen Tempels der Sikhs im Indischen Bundesstaat Punjab. Einige Filmausschnitte geben Einblicke in das Leben seiner Familie und seiner Heimatstadt. Bei indischer Musik und einem Masala-Tee können Sie Gedanken und Eindrücke über Indien austauschen. *Dahlweid
- Dienstag, 26.07.2011, 14.30 Uhr:** „Gartenkunst zwischen gestern und morgen – ein Rückblick auf die BUGA 2001 in Potsdam“. Vom 21. April bis 7. Oktober

- 2001 präsentierte sich Potsdam in einem grünen Gewand. Das Zentrum des Gartenschaugeländes bildete die 73 Hektar große Fläche im Bornstedter Feld. Das Areal ist heute ein eigener Stadtteil, in dem 6.800 Menschen wohnen. Der BUGA-Park ist inzwischen ein beliebter Ort der Potsdamer Bürger, insbesondere der Kinder, geworden. Im Jubiläumsjahr finden in Potsdam zahlreiche Veranstaltungen statt und erinnern an die Gartenschau. Der Filmamateur Werner Oelschlägel hat damals einen Film von der vielfältigen Gestaltung der BUGA gedreht. *Dahlweid
- Mittwoch, 27.07.2011, 13.30 Uhr:** „18, 20, Buben 'raus“ - Skattournier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und

- Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *Dahlweid
- Dienstag, 02.08.2011, 14.00 Uhr:** „Sommer – Sonne - Lebensfreude“ - Sommerfest mit viel Musik. Manfred Bischoff gestaltet diesen Nachmittag mit Sprüchen, Rätseln und Liedern und mit bekannten Melodien zum Mitsingen, Schunkeln und Tanzen. Mit Hilfe moderner Technik lässt Herr Gerald Meister ganz nach Ihren Wünschen einige der schönsten Schlager aus sieben Jahrzehnten mit den Stimmen Ihrer Lieblingsinterpreten erklingen. *Dahlweid
- *Dahlweid: Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11 im Zentrum Ost